

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Einleitung und Einführung in die Problematik	23
§ 1: Einleitung	23
§ 2: Einführung in die Problematik	27
A. Zweckmäßigkeit einer Betriebsratshaftung	27
I. Kopplung von Handlung und Verantwortung	27
II. Keine ausreichende Verantwortung des Betriebsrats durch haftungsfremde Normen	29
1. Sanktion nach § 23 Abs. 1 BetrVG	29
2. Strafrechtliche Vorschriften	30
3. Betriebsverfassungsrechtliche Unterlassungsansprüche gegen den Betriebsrat	31
4. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	33
5. Verantwortung bei der Betriebsratswahl	34
III. Ergebnis der Untersuchung der Zweckmäßigkeit einer Haftung	34
B. Die Unabhängigkeit des Betriebsrats als Grenze seiner Haftung	35
I. Begünstigungs- und Benachteiligungsverbot des § 78 S. 2 BetrVG	36
II. Bestandsschutzvorschriften für Betriebsratsmitglieder	37
III. Ehrenamtlichkeit der Betriebsratsmitglieder nach § 37 Abs. 1 BetrVG	37
IV. Ergebnis der Untersuchung der Unabhängigkeit als Grenze einer Haftung	38
C. Ergebnis der Einführung und Folgen für die weitere Untersuchung	39

Teil 2 Das Betriebsratsgremium als potentieller Haftungsschuldner	41
§ 3: Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsratsgremiums	41
A. Definition der Rechts- und Vermögensfähigkeit	41
I. Rechtsfähigkeit	41
II. Vermögensfähigkeit	42
B. Zusammenfassung des Meinungsstandes zur Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsratsgremiums	42
I. Entwicklung der höchstinstanzlichen Rechtsprechung	42
II. Meinungsstand im Schrifttum	45
C. Grundsätzliche Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsratsgremiums	46
I. Ablehnung einer zwingenden Rechts- und Vermögensunfähigkeit	47
1. Kein Ausschluss einer Rechtsfähigkeit aufgrund einer fehlenden Rechtspersönlichkeit	47
2. Keine zwingende generelle Vermögensunfähigkeit	48
a) Keine zwingende Vermögensunfähigkeit aufgrund der arbeitsrechtlichen Systematik	48
b) Ablehnung der Gesamthandsgemeinschaft	50
3. Ergebnis der Untersuchung einer zwingenden Ablehnung von Rechts- und Vermögensfähigkeit	51
II. Teilrechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsratsgremiums	51
1. Grundsätzliche Möglichkeit einer Teilrechtsfähigkeit	52
2. Teilrechtsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	53
a) Voraussetzungen für eine Teilrechtsfähigkeit	53
b) Übertragung auf das Betriebsratsgremium	54
3. Ergebnis der Untersuchung der Teilrechtsfähigkeit und Übertragung auf die Vermögensfähigkeit	55
III. Berücksichtigung der ultra-vires-Lehre	55
1. Übertragbarkeit des Vertrauensschutzeinwands auf das Betriebsratsgremium	57
2. Abwägung zwischen Rechtssicherheit für die Beteiligten und Wahrung der gesetzlichen Grenzen der Betriebsrats Tätigkeit	58

3. Ergebnis der Berücksichtigung der ultra-vires-Lehre	59
IV. Ergebnis der Untersuchung der grundsätzlichen Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsratsgremiums	59
D. Haftungsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	60
I. Begründung der grundsätzlichen Haftungsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	60
II. Schicksal von Haftungsansprüchen bei Diskontinuität des Betriebsratsgremiums	63
III. Ergebnis der Haftungsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	65
E. Ergebnis der Untersuchung der Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsratsgremiums	65
§ 4: Möglichkeit eines haftungsbegründenden Verhaltens des Betriebsratsgremiums	66
A. Haftungsbegründende Willenserklärungen des Betriebsratsgremiums	66
I. Zurechnung nach den Stellvertretungsvorschriften (§§ 164 ff. BGB)	67
II. Vertretungsmacht für haftungsbegründende Willenserklärungen	69
1. Bestimmung der Nichtigkeit rechtswidriger Betriebsratsbeschlüsse	69
a) Ablehnung des Ansatzes Oetkers	70
b) Rückgriff auf die Nichtigkeitsvorschriften der §§ 134, 138 BGB	70
c) Ergebnis der Untersuchung der Nichtigkeit rechtswidriger Betriebsratsbeschlüsse	72
2. Vertretungsmacht kraft Rechtsschein	72
3. Ergebnis der Untersuchung der Vertretungsmacht für rechtswidrige Willenserklärungen	75
III. Ergebnis der Untersuchung haftungsbegründender Willenserklärungen des Betriebsratsgremiums	75
B. Zurechnung anderer zum Schadensersatz verpflichtender Handlungen an das Betriebsratsgremium analog § 31 BGB	75
C. Ergebnis der Untersuchung der Möglichkeit haftungsbegründenden Verhaltens des Betriebsratsgremiums	77

§ 5: Zusammenfassung der Ergebnisse und Folgen für die weitere Untersuchung	78
Teil 3 Haftung des Betriebsrats	79
§ 6: Haftung des Betriebsrats bei Verletzung betriebsverfassungsrechtlicher Amtspflichten	79
A. Zusammenfassung des Meinungsstandes zur Haftung bei Amtspflichtverletzung	79
I. Meinungsstand zur Haftung des Betriebsratsgremiums	80
II. Meinungsstand zur Haftung der Betriebsratsmitglieder	80
1. Anknüpfung einer Haftung an die Rechtsstellung des Betriebsrats innerhalb des Betriebes	81
2. Anknüpfung einer Haftung an Schuldverhältnisse	82
III. Folgen für die weitere Untersuchung	83
B. Anknüpfung einer Haftung an die Rechtsstellung des Betriebsrats innerhalb des Betriebs	83
I. Der Betriebsrat als gesetzlicher Vertreter	84
1. Interesse hinter der Betriebsratstätigkeit	85
2. Rechtsträgerschaft für die Beteiligungsrechte	86
II. Der Betriebsrat als Organ	87
III. Betriebsrat als privatrechtlicher Amtswalter	88
1. Keine Vergleichbarkeit mit vermögensverwaltenden Ämtern	88
2. Keine Vergleichbarkeit mit anderen Ämtern	90
3. Ergebnis des Vergleichs mit Amtswaltern	90
III. Der Betriebsrat als Repräsentant	90
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse	91
C. Anknüpfung einer Haftung an bestehende Schuldverhältnisse	92
I. Grundlage einer Haftung im arbeitsrechtlichen Schuldverhältnis	92
1. Möglichkeit einer gleichzeitigen Verletzung arbeitsvertraglicher und betriebsverfassungsrechtlicher Pflichten	92
2. Maßstab für eine gleichzeitige Verletzung arbeitsvertraglicher und betriebsverfassungsrechtlicher Pflichten	94

3. Ergebnis der Untersuchung des Arbeitsverhältnisses als Ausgangspunkt einer Haftung des Betriebsrats	96
II. Grundlage einer Haftung in betriebsverfassungsrechtlichen Schuldverhältnissen	96
1. Maßstab für das Bestehen eines Schuldverhältnisses	97
a) Der Begriff des Schuldverhältnisses und die Notwendigkeit seiner Bestimmtheit	97
aa) Der Begriff des Schuldverhältnisses im Bürgerlichen Gesetzbuch	97
bb) Bestimmbarkeit als Voraussetzung eines Schuldverhältnisses	98
cc) Ergebnis der bisherigen Untersuchung eines Schuldverhältnisses	99
b) Rechte und Pflichten innerhalb eines Schuldverhältnisses	99
aa) Pflichtarten innerhalb eines Schuldverhältnisses	99
bb) Rechte innerhalb eines Schuldverhältnisses	101
(1) Das subjektive Recht	101
(2) Korrespondenz von Rechten und Pflichten innerhalb eines Schuldverhältnisses	102
cc) Ergebnis der Untersuchung der Rechte und Pflichten eines Schuldverhältnisses	103
c) Bestimmung der konkreten Voraussetzungen eines Schuldverhältnisses	103
aa) Rechte und Pflichten für bestimmbare Beteiligte	104
bb) Normative Kriterien in bloßen Schutzpflichtverhältnissen	104
cc) Ergebnis der abstrakten Untersuchung von Schuldverhältnissen: Maßstab für das Bestehen betriebsverfassungsrechtlicher Schuldverhältnisse	105
2. Untersuchung der Rechtsverhältnisse im Betriebsverfassungsrechts hinsichtlich der Existenz von Schuldverhältnissen	106
a) Skizzierung der Amtspflichten des Betriebsrats	106
aa) Amtspflicht des Betriebsrats aus § 2 Abs. 1 BetrVG	106
bb) Amtspflichten des Betriebsrats aus § 75 BetrVG	107

cc)	Amtspflichten des Betriebsrats aus § 74 Abs. 2 BetrVG	108
dd)	Amtspflicht des Betriebsrats nach § 77 Abs. 1 S. 2 BetrVG	109
ee)	Verschwiegenheitspflichten des Betriebsrats	110
ff)	Verpflichtung des Betriebsrats zur Wahrnehmung seiner Beteiligungsrechte	110
gg)	Ergebnis der Skizzierung der Amtspflichten des Betriebsrats	112
b)	Untersuchung der Rechtsverhältnisse des Betriebsrats	112
aa)	Rechtsverhältnisse zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmern	112
(1)	Schuldverhältnis mit Leistungspflichten zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmer	113
(a)	Subjektive Rechte der Arbeitnehmer gegen den Betriebsrat	113
(b)	Einordnung der Pflichten in § 241 BGB	114
(aa)	Maßstabs zur Abgrenzung der Pflichttypen des § 241 BGB	114
(bb)	Anwendung des Maßstabs	116
(c)	Ergebnis der Untersuchung eines Schuldverhältnisses mit Leistungspflichten	116
(2)	Schutzpflichtverhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmern	117
(a)	Bestehen von Schutzpflichten des Betriebsrats gegenüber den Einzelarbeitnehmern	117
(b)	Bestimmung des Schuldners für Pflichten des Betriebsrats	118
(aa)	Wortlaut der Vorschriften	119
(bb)	Systematik der Vorschriften	119
(cc)	Telos der Vorschriften	120
(dd)	Ergebnis der Bestimmung eines Pflichtenschuldners	122
(c)	Zusätzliche Voraussetzungen eines Schutzpflichtverhältnisses	122

(3) Ergebnis der Untersuchung der Rechtsverhältnisse zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmern	124
bb) Rechtsverhältnisse zwischen Betriebsrat und Stellenbewerbern	124
cc) Rechtsverhältnisse zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber	126
(1) Schuldverhältnis mit Leistungspflichten zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber	126
(a) Subjektive Rechte des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat und Einordnung der korrespondierenden Pflichten	126
(b) Einordnung der Pflichten in § 241 BGB	127
(c) Bestimmung des Schuldners für Pflichten des Betriebsrats	128
(d) Ergebnis der Untersuchung eines Schuldverhältnisses mit Leistungspflichten	128
(2) Schutzpflichtverhältnisse zwischen Betriebsratsmitgliedern und dem Arbeitgeber	129
dd) Ergebnis der Untersuchung der betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsverhältnisse	130
D. Ergebnis der Untersuchung der Haftung des Betriebsrats für Amtspflichtverletzungen	131
§ 7: Handelndenhaftung von Betriebsratsmitgliedern bei Abgabe von Willenserklärungen im Namen des Betriebsrats	132
A. Zusammenfassung des Meinungsstands zur Handelndenhaftung	132
B. Handelndenhaftung bei Vertragsschluss mit Dritten im Namen des Betriebsrats	134
I. Bestimmung des Vertragspartners bei im Namen des Betriebsrats geschlossenen Verträgen	135
1. Meinungsstand in Schrifttum und Rechtsprechung	135
a) Betriebsratsmitgliedern als Vertragspartner	135

b) Arbeitgeber als Vertragspartner	136
c) Betriebsratsgremium als Vertragspartner	136
2. Eigene Stellungnahme	137
a) Bedeutung des § 40 Abs. 1 BetrVG für die Vertragsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	137
b) Ausschluss von Arbeitgeber und Betriebsratsmitglieder als Vertragspartner	138
aa) Kein Vertragsschluss mit dem Arbeitgeber	138
bb) Kein Vertragsschluss mit den einzelnen Betriebsratsmitgliedern	140
c) Konsequente Anwendung der Teilrechtsfähigkeit	141
3. Ergebnis der Untersuchung des Vertragspartners bei im Namen des Betriebsrats geschlossener Verträge	142
II. Haftung bei Vertragsschluss ohne ausreichende Vertretungsmacht	142
1. Anwendung des § 179 BGB bei Kenntnis des Mangels der Vertretungsmacht	142
2. Anwendung des § 179 BGB bei fehlender Kenntnis des Mangels der Vertretungsmacht	143
a) Zweck und Begründung einer Haftung gem. § 179 BGB	144
b) Vorliegen einer Ausnahmelücke für als Stellvertreter auftretende Betriebsratsmitglieder	146
c) Ergebnis der Untersuchung einer teleologischen Reduktion	147
3. Ergebnis der Untersuchung der Haftung der Betriebsratsmitglieder bei Vertragsschlüssen ohne ausreichende Vertretungsmacht	147
III. Haftung bei Verpflichtung des Betriebsratsgremiums außerhalb dessen Wirkungskreises	147
1. Handelndenhaftung analog §§ 54 S. 2 BGB, 11 Abs. 2 GmbHG, 41 Abs. 1 S. 2 AktG	148
2. Haftung des handelnden Betriebsratsmitglieds analog § 179 BGB	149
a) Analoge Anwendung des § 179 BGB	149
aa) Planwidrige Regelungslücke	149
bb) Vergleichbarkeit der Interessenlagen	150

cc) Ergebnis der Untersuchung der analogen Anwendbarkeit des § 179 BGB	153
b) Abhängigkeit der Folgen einer analogen Anwendung des § 179 BGB vom Verständnis der Rechtsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	153
3. Ergebnis der Untersuchung der Haftung der Betriebsratsmitglieder bei ultra-vires-Vertragsschlüssen	154
III. Ergebnis der Haftung von Betriebsratsmitgliedern im Rahmen von Vertragsschlüssen	155
C. Handelndenhaftung bei Abschluss betrieblicher Einigungen gemäß § 77 BetrVG	155
I. Verschuldensabhängige Handelndenhaftung	155
II. Haftung nach § 179 BGB bei betriebsinternen Handlungen des Betriebsratsmitglieds ohne Vertretungsmacht	156
1. Haftung nach § 179 BGB wegen Fehlen der Vertretungsmacht	157
a) Anwendung des § 179 BGB bei Betriebsvereinbarungen	157
b) Anwendbarkeit des § 179 BGB bei Regelungsabreden	160
2. Analoge Anwendung bei fehlender Rechtsfähigkeit des Betriebsratsgremiums	160
III. Ergebnis der Haftung der Betriebsratsmitglieder bei Abschluss betrieblicher Einigungen	161
D. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Handelndenhaftung	162
§ 8: Haftung des Betriebsrats bei Datenschutzverstößen	163
A. Haftung des Betriebsrats nach Art. 82 DSGVO	164
I. Verstoß gegen die Vorgaben zur Datenverarbeitung	165
II. Verantwortlichkeit des Betriebsrats i.S.d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO	166
1. Meinungsstand zur Verantwortlichkeit des Betriebsrats bei der Verarbeitung personenbezogener Daten bis zum Erlass des § 79a S. 2 BetrVG	166
2. Erlass des § 79a BetrVG	168
3. Stellungnahme zur Verantwortlichkeit des Betriebsrats	169
a) Europarechtswidrigkeit des § 79a S. 2 BetrVG	169

b) Keine Determination eines Ergebnisses aufgrund praktischer Folgen	173
aa) Folgen einer möglichen eigenen Verantwortlichkeit des Betriebsrats	174
bb) Folgen einer möglichen fehlenden eigenen Verantwortlichkeit des Betriebsrats	175
cc) Ergebnis der Folgen einer (fehlenden) eigenständigen Verantwortlichkeit des Betriebsrats	176
c) Subsumption des Betriebsrats unter Art. 4 Nr. 7 DSGVO	177
aa) Entscheidung des Betriebsrats über Zwecke und Mittel der Datenverarbeitung	177
bb) Abgrenzung der Verantwortlichkeitssphären innerhalb des Betriebsrats	178
d) Ergebnis der Subsumption des Betriebsrats unter Art. 4 Nr. 7 DSGVO	180
III. Ergebnis einer Haftung des Betriebsrats gem. Art. 82 DSGVO	180
B. Haftung des Betriebsrats für Datenschutzverstöße innerhalb der betriebsverfassungsrechtlichen Sonderbeziehungen	180
C. Deliktische Haftung des Betriebsrats für Datenschutzverstöße	181
D. Ergebnis der Untersuchung der Haftung des Betriebsrats bei Datenschutzverstößen	182
§ 9: Haftung der Betriebsratsmitglieder gegenüber dem Betriebsratsgremium	183
A. Die gesellschaftsrechtliche Legalitätspflicht	183
I. Der Begriff und Umfang der Legalitätspflicht	184
II. Herleitung Legalitätspflicht der Vorstandsmitglieder für externe Pflichten	185
III. Folgen für die weitere Untersuchung	186
B. Übertragbarkeit der Legalitätspflicht auf den Betriebsrat	186
I. Übertragbarkeit der inhaltlichen Begründung	187
II. Dogmatische Konstruktion	188

III. Ergebnis der Übertragbarkeit der Legalitätspflicht auf den Betriebsrat	189
C. Umfang der Legalitätspflicht der Betriebsratsmitglieder	189
D. Auswirkungen auf die Rechtsverhältnisse innerhalb des Betriebsrats	191
E. Ergebnisse und Haftungsfolgen	192
§ 10: Zusammenfassung der Ergebnisse	193
Teil 4 Beschränkung der Betriebsratshaftung	195
§ 11: Verschuldensmaßstab des Betriebsrats bei verschuldensabhängiger Haftung	195
A. Beschränkung des haftungsbegründenden Verschuldens der Betriebsratsmitglieder	196
I. Beschränkung einer Haftung auf Verstöße gegen die eigenübliche Sorgfalt	196
II. Beschränkung einer Haftung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	197
1. Allgemeiner Rechtsgedanke für altruistisches Verhalten	197
2. Haftungsbeschränkung mittels analoger Anwendung der §§ 31a, 31b BGB	198
a) Analoge Anwendung der §§ 31a, 31b BGB auf Betriebsratsmitglieder	198
aa) Telos der §§ 31a, 31b BGB	199
bb) Vergleichbarkeit der Interessenlage der Betriebsratsmitglieder	200
cc) Ergebnis der Untersuchung der analogen Anwendbarkeit	201
b) Folgen für den Verschuldensmaßstab der Betriebsratsmitglieder	201
c) Ergebnis der Untersuchung der Anwendbarkeit der §§ 31a, 31b BGB auf Betriebsratsmitglieder	202
3. Haftungsbeschränkung durch Anwendung der Grundsätze des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	202
a) Grundsätze des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	203

b) Anwendung auf Betriebsratsmitglieder	204
c) Ergebnis der Untersuchung der Anwendbarkeit des innerbetrieblichen Schadensausgleichs auf Betriebsratsmitglieder	207
B. Beschränkung des haftungsbegründenden Verschuldens des Betriebsratsgremiums	207
C. Ergebnis der Beschränkungen des haftungsbegründenden Verschuldens des Betriebsrats	208
§ 12: Beschränkung einer Handelndenhaftung nach § 179 BGB (analog)	210
A. Gestalterische Möglichkeiten zur Beschränkung der Handelndenhaftung	210
B. Beschränkung der Handelndenhaftung analog § 117 Abs. 3 InsO	212
I. Regelungsgehalt des § 117 Abs. 3 InsO	212
II. Analoge Anwendung des § 117 Abs. 3 InsO auf vertragsschließende Betriebsratsmitglieder	214
1. Interessenlage einer unmittelbaren Anwendung des § 117 Abs. 3 InsO	214
2. Vergleichbarkeit der Interessenlage der haftenden Betriebsratsmitglieder	215
C. Ergebnis der Untersuchung der Handelndenhaftung nach § 179 (analog) BGB	217
§ 13: Auswirkungen einer unsicheren Entscheidungsgrundlage auf die Betriebsratshaftung	218
A. Anwendung der Business Judgment Rule bei Entscheidungen mit Prognosegehalt	218
I. Tatbestandsvoraussetzungen des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	219
II. Analoge Anwendung des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG auf den Betriebsrat	221
1. Planwidrige Regelungslücke	221
2. Vergleichbare Interessenlage	221
a) Rechtfertigung des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	221
b) Vergleichbarkeit der Interessenlage des Betriebsrats	223

c) Ergebnis der Untersuchung der Vergleichbarkeit der Interessenlagen	224
III. Ergebnis der Untersuchung der Anwendbarkeit des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG auf den Betriebsrat	225
B. Auswirkung unsicherer Rechtslagen auf die Haftung des Betriebsrats	225
I. Definition einer unsicheren Rechtslage	225
II. Dogmatische Verortung des Problems unsicherer Rechtslagen bei Haftung des Betriebsrats	227
1. Anwendung des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	227
2. Verhaltensbezogene Bestimmung des Pflichtenprogramms	228
3. Annahme von unverschuldeten Rechtsirrtümern	229
4. Ergebnis der dogmatischen Verortung des Problems unsicherer Rechtslagen	230
III. Maßstab für exkulpierende Rechtsirrtümer des Betriebsrats	230
1. Voraussetzungen eines exkulpierenden Rechtsirrtums	230
a) Grundsätzlicher Maßstab der Rechtsprechung	231
b) Modifizierung des Maßstabs bei Tätigkeiten im Fremdinteresse	231
2. Voraussetzungen eines verschuldensausschließenden Rechtsirrtums des Betriebsrats	233
a) Grundsätzliche Anforderungen an eine gebotene Sorgfalt des Betriebsrats	233
aa) Anforderungen an die Rechtslageermittlung	233
bb) Anforderung an den Umgang mit weiterhin bestehenden Unsicherheiten	234
b) Anforderungen an eine gebotene Sorgfalt der Betriebsratsmitglieder gegenüber Arbeitnehmern ihres Betriebs und dem Betriebsratsgremium	235
3. Ergebnis der Maßstabsbestimmung für exkulpierende Rechtsirrtümer des Betriebsrats	236
IV. Keine Zurechnung eines Verschuldens des Sachverständigen an den Betriebsrat	237
V. Ergebnis der Untersuchung einer Haftungsbeschränkung bei unsicherer Rechtslage	238

C. Ergebnis der Untersuchung von Haftungsbeschränkungen bei unsicherer Entscheidungsgrundlage des Betriebsrats	239
§ 14: Zusammenfassung der Ergebnisse	240
Teil 5 Regressansprüche der Betriebsratsmitglieder	241
§ 15: Regressansprüche gegen das Betriebsratsgremium bei verschuldensabhängiger Haftung	241
A. Bestehen einer Gesamtschuld	241
B. Ausgleich entsprechend der Schadenstragung im Innenverhältnis	242
C. Möglichkeit gestörter Gesamtschulden	243
D. Ergebnis der Untersuchung der Regressansprüche bei verschuldensabhängiger Haftung	244
§ 16: Regressansprüche bei Haftung nach § 179 BGB (analog)	245
A. Regressansprüche des Handelnden gegen das Betriebsratsgremium	245
I. Kein Regress aufgrund betriebsverfassungsrechtlicher Rechtsverhältnisse	245
II. Kein Regress nach den Vorschriften der Geschäftsführung ohne Auftrag	246
III. Kein Regress analog §§ 31a Abs. 2, 31b Abs. 2 BGB	247
IV. Ergebnis der Untersuchung der Regressansprüche gegen das Betriebsratsgremium	249
B. Regressansprüche des Handelnden gegen andere Betriebsratsmitglieder	249
I. Kein Regress aufgrund betriebsverfassungsrechtlicher Rechtsverhältnisse	249
II. Kein Regress nach den Vorschriften der Geschäftsführung ohne Auftrag	250
III. Ergebnis der Untersuchung der Regressansprüche gegen andere Betriebsratsmitglieder	252
C. Ergebnis der Untersuchung der Regressansprüche	252

§ 17: Zusammenfassung der Ergebnisse	253
Teil 6 Zwangsvollstreckung gegen das Betriebsratsgremium	255
§ 18: Vermögensunabhängige Zwangsvollstreckung	255
A. Zwangsvollstreckung von Ansprüchen auf Abgabe einer Willenserklärung gegen das Betriebsratsgremium	255
B. Zwangsvollstreckung von Herausgabeansprüchen und Ansprüchen auf Vornahme unvertretbarer Handlungen	256
C. Ergebnis der Untersuchung der vermögensunabhängigen Zwangsvollstreckung	258
§ 19: Vermögensabhängige Zwangsvollstreckung	259
A. Untersuchung des Vermögens des Betriebsratsgremiums	259
B. Möglichkeit einer vermögensabhängigen Zwangsvollstreckung	261
I. Haftungsdurchgriff auf die Betriebsratsmitglieder	261
II. Auseinanderfallen von Haftung und Vollstreckung	263
1. Vollstreckung in Regressforderungen des Betriebsratsgremiums	264
2. Vollstreckungsschutz für Kostentragungsansprüche des Betriebsratsgremiums	265
3. Vollstreckungsschutz für Regressansprüche des Betriebsratsgremiums	266
III. Ergebnis der Untersuchung der vermögensabhängigen Zwangsvollstreckung de lege lata	267
C. Schwächen der vermögensabhängigen Zwangsvollstreckung de lege lata	267
§ 20: Zusammenfassung der Ergebnisse	269
Teil 7 Schlussbetrachtung	271
§ 21: Mögliche Ausgestaltung einer Betriebsratshaftung de lege ferenda	271
A. Schaffung eines von § 40 BetrVG unabhängigen Betriebsratsvermögens	272

B. Aufgabe des Ehrenamtsprinzips	273
C. Einführung einer verpflichtenden Haftpflichtversicherung des Betriebsrats	275
I. Versicherung der Betriebsratsmitglieder	276
II. Versicherung des Betriebsratsgremiums	277
1. Folgen einer Haftpflichtversicherung für die vermögensabhängige Zwangsvollstreckung gegen das Betriebsratsgremium	277
2. Tragung der Versicherungsprämie durch den Arbeitgeber	279
D. Ergebnis der Haftungslösung de lege ferenda	281
§ 22: Zusammenfassung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse in Thesen	282
Literaturverzeichnis	287